

Thom Hartmann: Unequal Protection. The Rise of corporate Dominance and the Theft of Human Rights. New York: Rodale Books 2002, 360 S., € 23,90

Im Grunde geht es dem US-amerikanischen Autor, Psychotherapeuten und Ex-Wirtschaftsberater Thom Hartmann darum aufzuzeigen, dass Organisationen – von den USA ausgehend und daher als "corporations" bezeichnet – als juristische Personen ("legal persons") eine Quasi-Gleichstellung mit natürlichen Personen erreicht haben. Und diese 1:1-Gleichsetzung von etwas eigentlich Differentem sei, so Hartmann, "menschengemacht" (S. 1), basiere auf dem „Raub von Menschenrechten“ (Buch-Untertitel) und habe etwas geschaffen, was in den USA als "corporate personhood" bezeichnet wird.

Das Buch gliedert sich in vier Teile mit entsprechenden Unterkapiteln. Nach Einführung und Vorwort beginnt Teil 1 mit der "Natur von Gemeinschaft, Werten und Regierung". Einige Unterkapitel deuten hier bereits die Grundlinien der Argumentation Hartmanns an: Seien es Eingriffe in die Natur, wie etwa verschmutzte Flüsse oder abgeholzte Regenwälder – „schuld“ ist nicht die Tatsache einer zu großen Erdbevölkerung oder anderes, sondern: die corporations, die Promotoren einer – juristisch-verankerten und gleichsam verzweigten – ökonomischen Kultur, die als Medium der Reichtumsakkumulation bei gleichzeitiger Risikominimierung fungieren (vgl. S. 15).

Ziel seines Buches, so formuliert Hartmann, sei es nicht, „Schuldige“ (S. 22) auszumachen, sondern einen „Fehler in unserem sozialen System“ (ebd.) zu identifizieren. Und dieser Fehler im System entsteht laut Hartmann dadurch, dass ein organisationaler Zweck („corporate purpose“, S. 22), also bspw. das Streben nach Profiten oder Shareholder-Dividenden, begünstigt durch Faktoren wie einer eigenen organisationalen Persönlichkeit („personhood“, S. 23), bestimmten Rechten und einer entsprechenden Größe der Organisation, völlig den Zwecken, den Werten von natürlichen Personen zuwiderlaufe. Entlang dieser Ausgangshypothese strukturiert Hartmann auch den weiteren Plot des Buches: Dem Thema der Autorisierung von corporations durch In-Recht-Setzung widmet er Teil 2 des Buches. Der Komplex „Unequal consequences“ strukturiert Buch-Teil 3: Die „ungleichen Konsequenzen“ in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, die sich für Organisationen und natürliche Personen gerade durch die Person-Stellung einer Organisation ergeben, werden auf fast einhundert Seiten behandelt. Der Teil 4 wird schließlich von der Frage angeleitet, was zu tun sei, in den USA ein Demokratie-Verständnis zu etablieren, welches – in Eindämmung der gewaltigen corporations-Macht – dem der amerikanischen Gründerväter entspricht.

Kommen wir also zu den drei Hauptteilen 2, 3 und 4. Der Teil 2, der die Überschrift „Von der Geburt der amerikanischen Demokratie durch die Geburt corporativer Personenschaft“ trägt, geht denn auch zurück in die Gründerphase der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Teil 2 enthält eine Zweiteilung: Als *erstes* wird die historische Gründerzeit vom 17. Jahrhundert bis 1886 dargestellt. Es geht um die ersten Pilger, die von England aus mit der "Mayflower" nach Nordamerika kamen; Siedlungen und erste Unternehmen entstanden, die als „gecharterte“ – also von der britischen Krone autorisierte und beauftragte – corporations einen bestimmten, auf Zeit festgelegten Zweck verfolgten. Die größte corporation war die East India Company, die von England aus – in den meisten Kolonien, so auch in den frühen USA – Verflechtungen bildete, indem sie, so argumentiert Hartmann, ihren enormen ökonomischen Aufstieg (z. B. ein Tee-Monopol) vor allem ihren mächtigen Anteilseignern aus England (Königs- und sonstige Adelshäuser, Mitglieder der Regierung) zu verdanken habe (vgl. S. 51 ff.). Und gerade diese "Stockholders" begünstigten die Company in Steuerfragen, Aufhebungen von Lieferbeschränkungen, Wettbewerbsverdrängung kleiner Unternehmen etc. Zudem koevoluiert in den frühen USA selbst die Geschichte des Aufstiegs der corporations offenbar mit

der politischer Parteien: Während sich die frühen "Federalists" (aus ihnen sollte einmal die Republikanische Partei hervorgehen) sich für eine starke Bundesregierung, eine nationale Bank sowie gegen eine Beschränkung der Monopolbildung einsetzte, so stritten die "Anti-Federalists" (die späteren Demokraten) für die Trennung von Kirche und Staat, minimale Steuern und für eine eher naturrechtliche Position, gemäß derer nur Menschen natürliche Rechte genießen durften – ein Umstand, so Hartmann, der auch den Geist der Bill of Rights (der ersten 10 Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung) ausgemacht habe (vgl. S. 64 ff.). Mit der Darstellung der Restriktionen und der Kontrollen, die für corporations bis 1886 galten, schließt Hartmann sozusagen eine Epoche ab: für corporations galt keine Befreiung persönlicher Management-Haftung, sie waren meist Zusammenschlüsse gemäß Zweck auf Zeit, besaßen keine Spendenfähigkeit gegenüber Parteien oder anderen Organisationen, es herrschte eine Monopolaufsicht und -begrenzung durch die Einzelstaaten, es bestanden Offenlegungspflichten der corporations gegenüber den Einzelstaaten und die Gerichte der Einzelstaaten, nicht das Bundesgericht, waren für Rechtsverstöße von corporations zuständig (vgl. S. 75 ff.). Als zweites identifiziert Hartmann für die Geschichte der Etablierung der korporativen Form einen Bruch: Hatten doch viele corporations, allen voran die mächtigsten und bedeutendsten des 19. Jahrhunderts, die Eisenbahngesellschaften, seit dem Inkrafttreten des 14. Zusatzartikels 1868 zig – allesamt erfolglose – Prozesse auf der Basis der Argumentation, unterschiedliche corporations würden in verschiedenen Bundesstaaten auch noch unterschiedlich besteuert, geführt, und – so der weitere Argumentationsgang – damit würden unterschiedliche „Klassen von Personen“ geschaffen, es erfolge gar illegale Diskriminierung der „Personen der corporations“ (vgl. S. 91), so wendete sich das Blatt für die corporations im Jahr 1886, Hartmann spricht von einem "Deciding Moment" (S. 95 ff.): Die Southern Pacific Railroad Co. ließ sich in einem (eigentlichen Steuer-)Präzedenzfall von prominenten Anwälten vertreten, die darauf bestanden, bei Zugrundelegung des 14. Zusatzartikels („14th Amendment“) der amerikanischen Verfassung – welcher ja im Grunde besagt, dass alle Personen vor dem Gesetz gleich seien, deshalb: „equal protection clause“ und eigentlich zur Gleichstellung schwarzer Männer gedacht –, dass nun auch Unternehmen als natürliche Personen anzusehen seien und folglich auch genau dieselben Rechte genießen wie natürliche Personen. Klagegegenstand war die Auffassung der Southern Pacific Railroad Company, dass der County Santa Clara das Unternehmen ungerecht besteuert habe, denn die Körperschaft (als juristische Person) sei als natürliche Person anzusehen, da sie das Eigentum natürlicher Personen darstelle. Somit müsse sie auch deren Rechte genießen dürfen. Die *Urteilsverkündung* selbst und deren Rezeption verlief besonders spektakulär: Der Chief-Richter Waite erklärte die vermeintlich gewichtigste Feststellung in Bezug auf corporations unmittelbar vor Verkündung des Urteils mündlich und außerhalb des Protokolls den Railroad-Anwälten: Dass nämlich das Gericht keine Argumente hören wolle, ob corporations unter die Klauseln des 14. Zusatzartikels fielen oder nicht, denn das Gericht sei der Auffassung, dass die corporations dies täten (vgl. ebd.). Der Gerichtsreporter J. C. Bancroft Davis, der diese "mündliche Überlieferung" aufzeichnete, vermerkte, dass das Gericht keinerlei weitere gesetzliche Begründung gegeben habe. Entsprechende Davis-Aufzeichnungen hatte Hartmann einer Recherche der Gerichtsakten des Supreme Courts von Oktober 1885 bis Oktober 1886 entnommen. Hartmann stellt noch einmal klar: „It was in the headnotes“ (S. 107 f.). In der Urteilsbegründung dann ist vom 14. Zusatzartikel keine Rede mehr. Damit stützt Hartmann das, was im corporations-kritischen Diskurs zum Allgemeinplatz geworden zu sein scheint: corporations, spezieller: ihr verfassungsmäßiger Grundrechtsbezug, sind eine Erfindung des Rechts.

Den gesamten Teil 3 des Buches verwendet Hartmann dazu, die "ungleichen Konsequenzen", die sich aus dieser Quasi-Gleichschaltung der Rechte natürlicher Personen mit denen der corporations ergeben, darzustellen: Zunächst führt er auf, wie mittlerweile wohl fast jeder

Zusatzartikel corporations-seitig "in Anspruch genommen" worden ist: Bspw. der 1. ("freie Rede"), der 4. ("Privateigentum") oder der 5. ("Niemand kann gezwungen werden, gegen sich selbst auszusagen") (vgl. S. 157 ff.). Dann wird kurz-kapitel-artig ein Reigen von Begünstigungen, die corporations nutzen können, aufgefächert (vgl. S. 161 ff.): Anfängen von (De-)Regulierungen (z. B. Telemarketing) über Risikohaftung (für die der corporation zurechenbaren Handlungen), weiter über ungleiche Besteuerung, über Verantwortung für kriminelle Handlungen (z. B. gibt es keine Kriminalstatistiken bzgl. corporations), über das Recht auf Privatheit, über eine ungleiche Ressourcennutzung (z. B. Kinderarbeit oder Gefangenenarbeit), und weiter über ungleiche Reichtumsstrukturen (fast 30 Prozent der absoluten ökonomischen Aktivität werde von den Top-10-corporations ausgefüllt), über Handelsvorteile (z. B. die Möglichkeit einer corporation, ihr Geschäft "offshore" zu organisieren) bis hin zu dominanten Medien-corporations und Politikbeeinflussung durch übermächtigen Lobbyismus.

Den 4. Teil des Buches präsentiert Hartmann als einen "Forderungskatalog": Er insistiert auf eine "Wiederherstellung der Demokratie, wie sie sich die Gründer vorgestellt hatten" (S. 250). Er fordert ein "Ende korporativer Personenschaft" (S. 251), Limitierungen für corporations, Gesetzesänderungen, lokale Regulierungen von "local communities" und schlussendlich, die politische Macht in einer Demokratie "auf dem globalen Marktplatz" (S. 273) den Menschen zurückzugeben. Bevor Hartmann zu einem nützlichen Anhang übergeht (der u. a. die Zusatzartikel der Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten enthält), appelliert Hartmann an den Leser daran mitzuwirken, den "globalen Traum von Regierung von den Menschen und für die Menschen" (S. 275) wahrwerden zu lassen, bspw. dadurch, dass doch der Begriff "person" im 14. Zusatzartikel durch den Begriff "natural person" ersetzt werden sollte (vgl. S. 283).

Insgesamt liegt mit Thom Hartmanns "Unequal Protection" ein Werk vor, dass sich an der Oberfläche mühelos in eine Reihe von Kritiken globalgesellschaftlicher Praxen einordnen lässt: Neben Symbolfiguren aus Anti-Bush- bzw. Anti-USA-Politik-Bewegung (allen voran: Michael Moore), der Rockmusik-Szene (bspw. John Mellencamp für "Farm Aid" oder Bruce Springsteen für "Human Rights"), aber natürlich auch der gängigen und bekannten Kapitalismus- und Globalisierungs-Kritik (sowohl im wissenschaftlichen Kontext – z. B. Bourdieu – als auch im Bereich globaler Netzwerke – z. B. attac ) hat sich Hartmann, flankiert durch immer stärkere Bewegungen in den USA (z. B. "Reclaim Democracy") zur Sperrspitze einer neuen Anti-corporations-Bewegung gemacht. Tiefer betrachtet würde es allerdings zu weit gehen, ihn als kritischen Organisationssoziologen zu bezeichnen. Man kann sein Buch loben, aber auch kritisieren. Zunächst der Lob: Dass überhaupt einmal ein Beitrag zur historischen Herausbildung der Organisationsform – zumindest in den USA – auf eine öffentlichkeitswirksame und populäre Bühne gehoben wird, ist durchaus positiv anzuerkennen. Und dann zur Sache: corporations – eine Erfindung des Rechts? – Ein Hammer! Sicherlich kann man das so kryptisch und monokausal nicht behaupten: Gleichwohl eine Reihe von Zufällen und Nebensächlichkeiten offenbar dazu beigetragen haben, das heutige Organisations-Dispositiv von den USA ausgehend global-gültig zu institutionalisieren, so kann doch die "Eigenleistung" der corporations-Promoter nicht zu sehr herabgesetzt werden, wovon nicht zuletzt eine Reihe von Klagen und Pro-corporations-Aktivitäten vor 1886 Zeugnis ablegen. Des Weiteren muss natürlich als verdienstvoll gelten, einmal die Rechtsprechung bzw. die "Inanspruchnahme" der Zusatzartikel der US-Verfassung durch corporations durchzusehen und zu präsentieren. Allerdings, und nun kommt der Kritik-Part, muss man Hartmann glauben! Sehr wahrscheinlich ist die Gruppe der Juristen groß, die die Pro-corporations-Urteile bzw. deren Rechtsfolgen anzweifeln würden. Das müsste geprüft werden. Ansonsten muss sich Hartmann natürlich der Kritik aussetzen, die aus wissenschaftlicher Sicht Populär-Wissenschaftlichkeit stets entgegenweht: Keine ausgeführte

Theorie, zu selektiert scheinen seine historischen Schilderungen, zu sehr angedeutet und utopisch bleiben seine Forderungen. Zu häufig driftet er ab in allgemeine Kapitalismus-Kritik. Dennoch ist sein Buch ein hervorragender "empirischer Steinbruch", aus dem sich organisationskritische Sozialwissenschaftler "Fälle" herausuchen können, die dann ihrerseits zu analytischen Anschlussfragen inspirieren, wie bspw. diese: Die Anti-corporations-Bewegung ist selbst ein Produkt der Emergenz des Organisationsphänomens, irritiert nicht nur Herrschaft, sondern stabilisiert sie auch; sie wendet Praktiken an, die sie selbst kritisiert – wie sollte es als Teil der Gesellschaft aber auch anders sein? Das müsste man einmal mit Thom Hartmann diskutieren!